

Wahlprogramm für die Kommunalwahl am 25. Mai 2014

Für ein sozial gerechtes, kulturell vielfältiges und wirtschaftlich starkes Magdeburg

Liebe Magdeburgerinnen und Magdeburger,
am 25. Mai dieses Jahres wird ein neuer Stadtrat gewählt. Wir rufen Sie auf, an dieser Wahl teilzunehmen. Und wir rufen Sie auf, mit allen drei Stimmen Kandidatinnen und Kandidaten für DIE LINKE zu wählen.

Warum ist das so wichtig?

Sie leben hier in Magdeburg. Im Stadtrat unserer Stadt wird darüber entschieden, wie sich diese Stadt entwickeln wird. Zwar sind wir nicht unabhängig von den Gesetzen und Entscheidungen in Bund und Land, aber was konkret hier vor Ort geschieht, das entscheiden die Stadträtinnen und Stadträte der Fraktionen im Magdeburger Stadtrat. Zum Beispiel ob es genügend Kindereinrichtungen gibt und wie hoch die Beiträge sind, ob für die Pflege im Alter gesorgt ist, ob Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und junge Leute nach der Schule eine Ausbildung erhalten. Ob die Kleingärten bleiben und die Strombrücke endlich verlängert wird. Dass die Theater der Stadt gute Angebote machen können und die Museen mit ihren attraktiven Ausstellungen Menschen nach Magdeburg locken. Eine Stadt, in der man gut einkaufen kann, in der Straßenbahnen und Busse pünktlich fahren, wo der Schnee im Winter gründlich geräumt wird und in der das Grün der Stadt gut gepflegt werden kann. Für all das und vieles mehr tragen die Stadträtinnen und Stadträte eine Verantwortung.

DIE LINKE hat sich im Stadtrat immer dafür eingesetzt, dass es sozial zugeht in unserer Stadt. Sie ist für mehr Bürgerbeteiligung und will auch nach der Wahl mit Ihnen im Gespräch bleiben. Wofür wir stehen, können Sie unserem Angebot entnehmen, das wir Ihnen in dieser Broschüre vorstellen.

I. Ein soziales Magdeburg für alle Generationen

Vor allem sozial gerecht

Die durchaus positive Entwicklung der Stadt Magdeburg darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in Magdeburg immer mehr bedürftige Menschen leben. Für die Betroffenen bedeutet dies, dass sie an den Rand gedrängt und vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Um dies zu verhindern, müssen wir unser Hauptaugenmerk auf die Beseitigung dieser Bedürftigkeit richten. Alle Menschen, die in unserer Stadt wohnen, müssen die Freiheit haben, ihr Leben ohne Diskriminierung selbstbestimmt gestalten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Niemand darf in unserer Stadt ausgeschlossen werden. Insbesondere Kinder sind in unserer Stadt von den sozialen Folgen von Armut betroffen, ihnen muss unbedingt die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Stadt ermöglicht werden. Dazu ist es notwendig, auch weiterhin öffentliche soziale Angebote und Dienstleistungen wohnortnah zu gewährleisten und auszubauen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die weitere schrittweise Qualifizierung der Sozialplanung der Stadt. Der ermittelte Hilfebedarf ist jährlich als wichtigste Grundlage für die Aufstellung des Sozialhaushaltes heranzuziehen.
- eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten, um immer mehr Menschen in eine auskömmliche, d.h. tarifliche Beschäftigung oberhalb des gesetzlichen Mindestlohnes zu bringen,
- die Einbeziehung aller öffentlichen oder öffentlich finanzierten Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, für Seniorinnen und Senioren in die Planung der Hilfen mit dem Ziel, soziale Bindungen zu pflegen und zu stärken und Informationen über soziale Rechte zugänglich zu machen,
- die Erstellung eines Armutsberichtes der Stadt Magdeburg,
- den Kampf gegen Kinderarmut,
- die konsequente Durchsetzung flächendeckender existenzsichernder Mindestlöhne, damit kein Beschäftigter gezwungen ist, zur Sicherung des Lebensunterhaltes für sich und seine Familie Aufstockungsleistungen beim Jobcenter zu beantragen. Dazu sind alle kommunalen Möglichkeiten, wie z.B. Wirtschaftsfördermaßnahmen und Preisverleihungen zu nutzen.
- einen Mindestlohn von 10 € Wir kämpfen konsequent gegen Lohndumping, vor allem in unserem Wirkungskreis, und setzen uns für Fairhandeln ein, u.a. gegen Kinderarbeit,
- die Rückforderung von Leistungen, die vom Jobcenter an Aufstockerinnen und Aufstocker gezahlt wurden. Sie sollen von den Unternehmen zurückgefordert werden, deren Beschäftigte zum Beispiel auf Grund von sitten-, tarif- und rechtswidrigen Löhnen, rechtswidriger Praktika, Probearbeitsverhältnissen, Scheinwerkverträgen, Scheinselbständigkeit auf aufstockende Leistungen angewiesen sind,
- die weitere Qualifizierung der Leistungen des Magdeburg-Passes. Wir treten dafür ein, Angebote privater Leistungsanbieter einzubeziehen und die Teilhabeangebote, nach dem Beispiel der automatischen Übernahme der Kostenbeiträge für die Kinderbetreuung für Magdeburg-Pass-Inhaber weiter zu entbürokratisieren.
- den flächendeckenden Ausbau des Systems nachbarschaftlicher Hilfestrukturen mit Unterstützung der Magdeburger Wohnungsunternehmen. Dabei ist an die Erfahrungen mit den Mehrgenerationenhäusern, Nachbarschaftszentren, Mietertreffs und offenen Treffs anzuknüpfen.
- den Ausbau der Förderung für schwul-lesbischen Begegnungs- und Beratungsstellen,
- die verpflichtende Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiter_innen zum Thema sexuelle Identität. Dazu gehören auch Diversitytrainings in den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, Erziehung und Bildung, Soziales und Sport sowie in der Seniorenberatung, -betreuung und in der Pflege, aber auch in den Betrieben mit städtischer Beteiligung und Eigenbetrieben. Ziel ist die Verbesserung des akzeptierenden, wertschätzenden und kultursensiblen Umgangs mit lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen - Menschen (LSBTI*).

Magdeburg als familienfreundliche Gemeinde ausbauen

Für uns ist die Gestaltung der Zukunft Magdeburgs im Kern die Schaffung guter Bedingungen für das Familienleben. Familienförderung zielt generationsübergreifend auf alle Formen des Zusammenlebens von Frauen, Männern und Kindern ab. Besondere Aufmerksamkeit richten wir auf gute Entwicklungsbedingungen für Kinder.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- den schrittweisen Ausbau der Kinderbetreuung durch den öffentlichen Träger und die freien Träger über die derzeit geltenden Mindeststandards hinaus,
- die Unterstützung der Kinder, die unter den Lebensbedingungen der Grundsicherung aufwachsen müssen, durch rechtskreisübergreifend entwickelte Teilhabeangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit,
- die Stärkung des Magdeburger Netzwerkes Kinderschutz, besonders im präventiven Sinne, durch Unterstützung jugendlicher Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung und der Inanspruchnahme der zahlreichen Hilfeangebote,
- zielgerichtete Fördermaßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter dem Gesichtspunkt, dass werdende Mütter und Väter heute im Durchschnitt älter sind als früher und mitten im Berufsleben stehen,
- die Fortschreibung und Umsetzung des Konzepts der Landeshauptstadt für Zuwanderung und Integration dahingehend, dass für Familien die Integration in die Wohngebiete, in die Arbeitswelt, in Bildung, Kultur und Sport erleichtert wird,
- die Überprüfung aller kommunalen Angebote und Leistungen wie Sprech- und Öffnungszeiten in den Ämtern, die Betreuungszeiten für Kinder und öffentlich finanzierte Freizeitangebote auf ihre Familienfreundlichkeit.

Ein Ohr für die Jugend

Die Belange von Kindern und Jugendlichen stehen für DIE LINKE auch zukünftig im Mittelpunkt ihres Handelns. Alle Kinder und Jugendlichen in der Landeshauptstadt müssen die gleichen Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Ein breites Angebot an Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten spielt dabei ebenso eine Rolle wie eine ausreichende Anzahl von Beratungsmöglichkeiten.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine auskömmliche Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit in Magdeburg,
- Erhalt und Ausfinanzierung aller bestehenden Kinder- und Jugendeinrichtungen,
- Schaffung zusätzlicher, selbstverwalteter Kinder- und Jugendtreffs,
- eine auskömmliche Finanzierung der Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen,
- die Etablierung einer/ eines hauptamtlichen unabhängigen Kinder- und Jugendbeauftragten bzw. eines/ einer Jugendbeauftragten mit eigenem Etat,
- die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Bauplanungen im Bereich von Kitas, Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen,

- Den Auf- und Ausbau der Sozialarbeit an Schulen und in Kinderbetreuungseinrichtungen. Schwerpunkt muss ihre zielgerichtete Einstellung auf den Hilfebedarf sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher sein.

Auf den Anfang kommt es an – gute KITA´S

Kindertagesstätten sind für uns Orte der Betreuung, Erziehung und der Bildung. Wir treten ein für gleiche Betreuungsbedingungen aller Kinder. Der Rechtsanspruch auf einen KITA-Platz muss auch durch die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von KITA-Plätzen abgesichert werden.

Wir fordern die Erstellung eines Anforderungskatalogs, der einen qualitativ hohen baulichen Standard für alle Einrichtungen garantiert. Zudem wollen wir uns besonders für die stetige Aus- und Weiterbildung des Betreuungspersonals stark machen, um eine qualitativ hohe Bildung in den Einrichtungen zu garantieren.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die Schaffung einer bedarfsdeckenden Anzahl von KITA-Plätzen,
- einen kostenfreien KITA-Platz für jedes Kind. In einem ersten Schritt fordern wir ein kostenfreies KITA-Jahr vor der Einschulung,
- ein bedarfsgerechtes Angebot an Formen der Benachteiligtenförderung,
- Schaffung von sozialpädagogischen Beratungsangeboten für Eltern- und Familienarbeit an Kindertagesstätten insbesondere in sozialen Brennpunkten.

Magdeburg macht Schule

Kinder und Jugendliche sollen in den kommenden Jahren die Entwicklung in unserer Stadt maßgeblich mitgestalten. Dazu müssen sie die Chance erhalten, selbstbestimmt, entsprechend ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten aufzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Lebenslanges Lernen, Bildung und Weiterbildung sind unerlässlich. Dafür müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- gleiche Chancen unabhängig von der Herkunft und dem familiären Hintergrund,
- die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen, um an allen Schulen inklusives Lernen zu ermöglichen,
- die Absicherung einer Schulstruktur, die dem Grundsatz kurze Beine - kurze Wege Rechnung trägt,
- Erarbeitung eines langfristigen Schulstandortentwicklungskonzeptes,
- die verstärkte Umsetzung von Umweltbildungsprojekten,
- eine Fortführung von Sozialarbeit an den Schulen.

Mit attraktiven Hochschulen hoch hinaus

Magdeburg ist ohne seine Hochschulen nicht denkbar. Sie sorgen für Innovation, sind Arbeitgeber für viele Magdeburgerinnen und Magdeburger und sorgen dafür, dass Magdeburg Jahr für Jahr durch neue Studierende eine Vielzahl neuer

Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewinnt, die das Leben der Landeshauptstadt bereichern.

Hervorragende Hochschulen brauchen aber auch hervorragende Rahmenbedingungen.

Dazu gehört ein breites soziokulturelles Angebot ebenso wie ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Studierende.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- den Erhalt aller gegenwärtigen Institute und Bereiche der Universität und der Hochschule,
- Erhalt und Ausbau der bereits vielfältigen Zusammenarbeit der Landeshauptstadt mit der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal,
- Unterstützung des Widerstands gegen die Zersplitterung von Magdeburgs Wissenschaftspotenzials durch die Landesregierung,
- eine Zivilklausel in den Grundordnungen der Magdeburger Hochschulen,
- eine ausreichende Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende in allen Stadtteilen.

Auf gute Gesundheit

Gerade in Zeiten einer sich altersstrukturell wandelnden Gesellschaft spielt die Gesundheit für viele Menschen eine immer zentralere Rolle. Dieser Herausforderung muss sich auch die Landeshauptstadt Magdeburg stellen. Eine gute medizinische Versorgung muss allen Magdeburgerinnen und Magdeburgern zugänglich sein. Immer noch gibt es auch in unserer Stadt Menschen, die keine Krankenversicherung haben, aber auf medizinische Hilfe angewiesen sind. Das Netz von Haus- und Fachärzten weist auch bei uns immer häufiger Lücken auf. Das muss geändert werden.

Das Klinikum spielt in der medizinischen Versorgung über die Landeshauptstadt hinaus eine bedeutende Rolle. Auch aus diesem Grund muss das Klinikum im Eigentum der Landeshauptstadt verbleiben. Wir sind für ein Gesundheitswesen als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht für die Umwandlung in eine Gesundheitswirtschaft.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine hochwertige medizinische Grundversorgung in allen Stadtteilen,
- eine deutliche Verstärkung der Facharztversorgung, insbesondere auch im Kinder-, Augen – und zahnärztlichen Bereich,
- Hilfsangebote für Menschen ohne Krankenversicherung,
- eine auskömmliche und kontinuierliche Finanzierung der Präventions- und Betreuungsarbeit der AIDS-Hilfe Sachsen-Anhalt Nord in Magdeburg,
- die Qualifizierung der Arbeit der städtischen AIDS-Beratungsstelle und die inhaltliche Ausrichtung auf die Unterstützung der Klientinnen und Klienten und ihrer individuellen Erfordernisse,
- die Förderung von Beratungsstellen besonders im Bereich der Prävention,
- eine Förderung von Selbsthilfegruppen,

Magdeburg – Zentrum des Sports

Unsere Stadt versteht sich seit jeher als Sportstadt, in der generationsübergreifend Breiten-, Vereins- und Leistungssport beheimatet sind. Viele moderne Sportstätten und die kommunale Sportförderung belegen das. Die Sportanlagen und -einrichtungen sollen weiter ausgebaut und noch intensiver genutzt werden.

Das bedeutet, die Partei DIE LINKE setzt sich ein:

- für den chancengerechten Zugang zu Sportstätten und Sportvereinen für alle Einwohnerinnen und Einwohner,
- für die Unterstützung des gesundheitsfördernden Breitensports von Kindesbeinen an bis zum Seniorenalter sowie des Rehabilitationssports in seiner ganzen Vielfalt,
- für die Sanierung bislang noch nicht erneuerter Sport- und Bolzplätze sowie Sportstätten wie zum Beispiel der Hermann-Gieseler-Halle und der Humboldt-Sporthalle,
- für die weitere Profilierung der Sportsekundarschule und des Sportgymnasiums,
- für die Pflege und Erhaltung sowie für die weitere Qualifizierung der GETEC-Arena und der MDCC-Arena.

Magdeburg muss nicht alt aussehen

Die Magdeburgerinnen und Magdeburger leben länger und die Zahl der Betagten nimmt zu. Dem hat der Stadtrat Rechnung zu tragen. Die Partei DIE LINKE setzt sich im Stadtrat dafür ein, dass die beruflichen, kulturellen, politischen und viele weitere Erfahrungen von Seniorinnen und Senioren nicht im „verdienten Ruhestand“ verloren gehen. Deshalb unterstützen wir die Schaffung von Strukturen und Rahmenbedingungen für ihr aktives Wirken in allen Bereichen des Lebens. Wir schlagen vor, für die Lösung dieser Aufgabe eine Anlaufstelle „Aktiv im Alter“ einzurichten. Deren Aufgabe würde im Zusammenführen von Angeboten der Seniorinnen und Senioren und Nachfragen von Unternehmen, Einrichtungen und anderen nach Kompetenz und Knowhow bestehen.

Das gesamtgesellschaftliche Problem der zunehmenden Altersarmut wird auch unsere Stadt vor neue Herausforderungen stellen. DIE LINKE begleitet aus diesem Grund die Umsetzung der seniorenpolitischen Leitlinien und des seniorenpolitischen Konzeptes der Landeshauptstadt. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat der Landeshauptstadt und den seniorenpolitischen Interessenvertretungen für DIE LINKE selbstverständlich.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine seniorenfreundliche Stadtplanung,
- die Neuordnung des Systems der Alten- und Servicezentren und der offenen Treffs, weil die Zahl der Besucherinnen und Besucher deutlich ansteigen wird und sich die Aufgabenstellung für diese Einrichtungen, an deren Bedarf orientiert. Wir treten dafür ein, ein neues System der sozialen Begegnungen und Aktivitäten in Magdeburg zu entwickeln. Die Bereitstellung der dafür

notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen hat mit höchster Priorität zu erfolgen.

Den aktuellen Erkenntnissen über die Pflegesituation in Magdeburg folgend setzt sich die Partei DIE LINKE für den Umbau der Pflegestruktur in Magdeburg ein. Es geht um weniger Heimpflege und dafür mehr Prävention vor Pflege und Pflegemöglichkeiten in der gewohnten häuslichen Umgebung bzw. in der Nähe des gewohnten Lebensumfeldes.

Dazu schlagen wir vor:

- ein Netzwerk Pflege durch die Landeshauptstadt für passgenaue individuelle Lösungen unter Einbeziehung der Pflegekassen, der Rententräger, der Krankenhäuser und der Pflege-Leistungserbringer zu etablieren,
- künftig vielfältige Formen der Pflege in häuslicher Umgebung, in Wohngemeinschaften mit ambulanter Pflege und nachbarschaftlicher Hilfe zu unterstützen und
- die Heimpflege auf den bevorstehenden Rückgang an Fachpersonal einzustellen.

DIE LINKE arbeitet daran, Organisationsformen zu entwickeln, wie der wertvolle Erfahrungsfundus älterer Erfahrungsträger_innen zur Bewältigung aktueller Probleme ausgenutzt werden kann.

Wir beginnen mit der Bitte an Seniorinnen und Senioren, ihre Erfahrungen konkret einzubringen für:

- Polytechnische Bildung in Magdeburger Schulen,
- Entscheidungen vorzubereiten, die entsprechend der Dringlichkeitsförderung der Bundesregierung in den Wirtschaftslinien Maschinen- und Anlagenbau sowie Chemie im Industrieraum Magdeburgs zu investiven Gründungen neuer mittelständischer Unternehmens-Cluster führen.

An einer Mitarbeit Interessierte sind dem Stadtverband der LINKEN herzlich willkommen.

II. Gut arbeiten und leben in Magdeburg

Gut wirtschaften und Handel treiben

Besonders der Niedergang der für Magdeburg bis Ende der 80iger Jahre des 20. Jahrhunderts prägenden Industriezweige vor allem des Schwermaschinen- und Anlagenbaus, deren Produkte bis dato auf nationalen und internationalen Märkten nachgefragt waren, führte dazu, dass tausende Magdeburger und Magdeburgerinnen ihre Arbeit verloren und z. T. nie wieder in ihren gelernten Berufen und in ihrer Heimatstadt tätig sein konnten.

Er ist zugleich eine der maßgeblichen Ursachen für den massenhaften Weggang von Menschen aus Magdeburg. Mit ihrem Weggang erfolgte tausendfach der Verlust beruflichen Wissens, von Fähigkeiten und wirtschaftlicher Innovationskraft.

Wesentliche Folge dieser Entwicklung war, dass Magdeburg in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten als Wirtschaftszentrum sowohl im nationalen als auch

internationalen Vergleich an Bedeutung verlor und stetig um den Anschluss an Entwicklungen in anderen Teilen der Bundesrepublik ringen musste.

Nur einer sehr kleinen Anzahl von Magdeburger Unternehmen gelang es, nationale und internationale Marktpositionen zu erringen oder an alte Marktpositionen anzuknüpfen und diese weiter auszubauen. Das alles konnte den Wegfall von Großindustriunternehmen und der dort angesiedelten Arbeitsplätze bis heute nicht kompensieren.

Starke Unternehmen und gute Arbeit

Eine starke Wirtschaft stellt eine Grundvoraussetzung für die weitere Entwicklung der Stadt Magdeburg dar. Es geht uns um eine Wirtschaft, mit Haupt- und Zulieferindustrie und einen gesunden Mix von kleinen, mittelständischen, und großen Unternehmen. Es geht um produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen.

Es geht aber auch darum, dass in ihr die lohnabhängig Beschäftigten ein langfristig gesichertes, tariflich basiertes Auskommen haben. Für uns als LINKE sind durchgängige betriebliche Mitbestimmung, Mindestlohn und solide Arbeits- und Ausbildungsverträge einerseits und eine starke Wirtschaft andererseits kein Widerspruch, sondern eine Chance.

Für Magdeburg als regional-wirtschaftliches Oberzentrum ist es strategisch wichtig, für diese, heute wirtschaftlich tragenden Unternehmen, Möglichkeiten und Wege zu ebnen, Dienstleistungen anzubieten und ihnen Förderungen zu ermöglichen, die gewährleisten, dass Arbeitsplätze geschaffen oder langfristig erhalten werden können.

DIE LINKE setzt sich deshalb im Magdeburger Stadtrat dafür ein, dass:

- Magdeburg gezielt Unternehmen fördert, die vor Ort nachhaltig Arbeitsplätze schaffen und erhalten, deren Beschäftigte Löhne und Gehälter gezahlt bekommen, von denen sie ohne staatliche Unterstützung leben können,
- öffentliche Aufträge durch die Landeshauptstadt Magdeburg ausschließlich an Unternehmen erteilt werden, deren Beschäftigte einen Mindestlohn von 10 Euro (brutto) pro Stunde erhalten bzw. auf der Grundlage tariflicher Vereinbarungen entlohnt werden,
- die Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt gezielt auf die Unterstützung von lokaler Wertschöpfung im Bereich der „Green-Economie“ als einer der wichtigsten Zukunftsindustrien ausgerichtet wird,
- die Potentiale der am Standort Magdeburg befindlichen Wissenschaftseinrichtungen für lokale Unternehmen möglichst einfach bekannt, erreichbar und damit nutzbar werden,
- Ergebnisse der Forschungen der Magdeburger Wissenschaftseinrichtungen in Magdeburg in die Produktion überführt werden können. Absolvent_innen der Wissenschaftseinrichtungen Wege geebnet werden, ihre wissenschaftlichen Forschungsergebnisse in eigene Unternehmensneugründungen, -beteiligungen oder -erweiterungen vor Ort produktiv umzusetzen,
- eine bessere Vermarktung von Gewerbeflächen,
- die Fortsetzung der Anstrengungen zur regionalen Zusammenarbeit auf wirtschaftsrelevanten Gebieten mit dem Ziel der Bündelung von Kompetenzen

und Ressourcen aus Magdeburg und der umliegenden Landkreise und Gemeinden,

- Initiativen aller in Frage kommenden Partner_innen - vor allem Schulen, Wirtschaftsorganisationen, Arbeitsagentur und Landeshauptstadt Magdeburg - zur Sicherung des qualifizierten Berufsnachwuchses für die Magdeburger Wirtschaftsunternehmen befördert werden,

Die bewährten kommunalen arbeitsförderlichen Unternehmen AQB gGmbH und Gise GmbH haben auch in den kommenden Jahren wichtige Aufgaben zu lösen. Die mit ihnen verfolgten Ziele müssen unter den veränderten Rahmenbedingungen einer Prüfung unterzogen und gegebenenfalls präzisiert werden. Wir treten im Stadtrat für den Einstieg mit den bestehenden Magdeburger arbeitsförderlichen Strukturen in einen Beschäftigungskomplex mit dauerhaft eingerichteten Arbeitsstellen, die Menschen von Grundsicherungs- und andere Sozialhilfeleistungen unabhängig machen, ein.

Magdeburg muss als Landeshauptstadt ausstrahlen können

Als Landeshauptstadt ist Magdeburg für Sachsen-Anhalt Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum. Unsere Stadt bietet dem Landtag, der Landesregierung und zahlreichen Institutionen des Landes ausgezeichnete Wirkungsbedingungen. Umgekehrt erwarten wir klare Bekenntnisse des Landes zu seinem politischen Zentrum. Deshalb treten wir dafür ein, möglichst frühzeitig nach Konstituierung des neuen Stadtrates mit der Landesregierung die Schwerpunktvorhaben der mittelfristigen Entwicklung Magdeburgs abzustimmen und möglichst Vereinbarungen über eine Landesförderung herbeizuführen.

Das betrifft mindestens:

- die Weiterführung der Theaterförderung,
- die Sanierung aller Kindertagesstätten mit Sanierungsbedarf,
- die Schaffung wirksamer regionaler Verwaltungsstrukturen über die Regionalversammlungen hinaus,
- die Förderung von innovativen Wirtschaftspotenzialen in den Bereichen energetische Erneuerung, Maschinenbau und Chemieanlagenbau, Lebensmittelindustrie und Gesundheitstechnologie,
- den Ausbau der Studien- und Leistungsangebote der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal am Standort Magdeburg,
- pilothafte Einführung des Unterrichtsfaches Polytechnik für ganz Sachsen-Anhalt an den Magdeburger Schulen,
- Aufbau eines gemeinsamen Kompetenzzentrums zur Vorbereitung und Sicherstellung beruflicher Perspektiven in den Bereichen Schule und Berufsausbildung,
- die pilothafte Aufstellung und Erprobung eines Pflegenetzwerkes, von dem Menschen mit ihrem individuellen Unterstützungs- und Pflegebedarf profitieren.

Kommunale Unternehmen – ein wichtiger Wirtschaftsfaktor

DIE LINKE sieht als wichtigen Wirtschaftsfaktor im Einflussbereich der Landeshauptstadt den Erhalt und die weitere Stärkung aller kommunalen Unternehmen und Unternehmen mit kommunaler Beteiligung an.

Diese Unternehmen haben in den zurückliegenden Jahren den Nachweis erbracht, dass sie leistungsfähig, innovativ und auf der Höhe der ihnen übertragenen Verantwortung zur Sicherstellung wichtiger Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge sind.

Sie leisten einen bedeutenden Beitrag zum Stadtumbau, zur Versorgung der Bevölkerung sowie zur Haushaltskonsolidierung der Landeshauptstadt. Sie sichern darüber hinaus durch ihre Tätigkeit eine für Magdeburg bedeutende Zahl an Arbeitsplätzen im eigenen Unternehmen sowie bei Partnern und Zulieferern vornehmlich aus dem Bereich von lokal angesiedelten Unternehmen.

DIE LINKE setzt sich im Stadtrat und den Organen der Gesellschaften dafür ein dass:

- eine Stärkung der kommunalen Unternehmen erfolgt,
- bestehende kommunale Unternehmen und Unternehmen mit kommunaler Beteiligung nicht privatisiert werden,
- die von den kommunalen Unternehmen erwirtschafteten Produkte und bereitgestellten Dienstleistungen für die Magdeburger Bevölkerung bezahlbar bleiben,
- die Beiträge dieser Unternehmen zur Haushaltskonsolidierung deren eigener Wirtschaftskraft adäquat bleiben,
- mit der vollständigen Rekommunalisierung der privaten Anteile der SWM begonnen wird,
- die internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit den Partnerstädten, einschließlich Donezk, zu beiderseitigem Vorteil gefördert und fortgeführt wird.

Magdeburg - ein innovativer Standort

Magdeburg besitzt mit seinen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein großes Innovationspotenzial. Ziel muss es sein, durch den Wissenstransfer zwischen Forschung/Entwicklung und der Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unserer Stadt zu stärken, um so Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern und neue zu schaffen. Die Stadt muss hier unterstützend und beratend zur Seite stehen und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, dass sich die bestehenden Unternehmen weiterentwickeln und neue Unternehmen ansiedeln können. Hierzu gehört es auch, die Gründung von Unternehmen, insbesondere aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus, zu fördern. Regionale, nationale und internationale Kooperationen sind zu unterstützen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die Einrichtung eines Wissenschafts- und Wirtschaftsdialogs über ein Maßnahmenprogramm „Zukunftsindustrialisierung Magdeburgs“.
- eine Förderung der Ansiedlung besonders innovativer Industriebereiche.

Gut einkaufen in Magdeburg

Die Entwicklung der Handelseinrichtungen in der Stadt Magdeburg hat in den letzten Jahren einen widersprüchlichen Verlauf genommen. Eine Konzentration in große und auch sehr attraktive Konsumtempel im innerstädtischen Bereich mit sehr guter Erreichbarkeit und hinreichender Parkplatzversorgung ging einher mit einer Reihe von Geschäftsaufgaben in einigen dezentraler gelegenen Stadtgebieten. Kleinere Geschäfte, vor allem auch im Bereich der Grundversorgung, haben mit erheblichen Kosten für Infrastruktur, sowie Energie und Wasser und teilweise hohen Grundmieten zu kämpfen. Dabei ist gerade auch die Vielfalt im Handel ein Gütesiegel für die Urbanität einer Stadt.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- vertretbare Mieten bei kleineren Handelseinrichtungen in Stadtrandgebieten,
- angepasste Mieten und Kosten bei der Schaffung und der Bereitstellung von Kundenparkmöglichkeiten für kleinere Handelseinrichtungen auch im Innenstadtbereich,
- eine preiswerte Energie- und Wasser/Abwasserversorgung für kleinere Handelseinrichtungen.

Magdeburg als lebenswerte Stadt entwickeln

Das Gesicht der Stadt Magdeburg wird auch in Zukunft großen Veränderungen unterliegen.

Der Bevölkerungsrückgang ist dabei gleichermaßen zu berücksichtigen wie der schwerlich vorhersehbare Wandel in der Altersstruktur. Wenn die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in großen Teilen des Landes Sachsen- Anhalt nicht zu mehr Nachhaltigkeit und zu mehr Attraktivität für junge Menschen und Familien führt, wird dies auch massiv auf die Entwicklung der Landeshauptstadt in Gänze wirken. Dies gilt gleichermaßen für die Einkommensentwicklung, in ihren Teilen Lohn/Gehalt, Rente und soziale Zuwendungen. Dies hat unmittelbaren Einfluss auf die Binnenkaufkraft, auf die Ansprüche in Richtung Mobilität und Wohnen sowie auf die Teilhabe an Kunst und Kultur.

Neben der Möglichkeit und dem Wunsch, in modernisierten Wohnungen in den großen ehemaligen Neubaugebieten bezahlbar wohnen zu können, besteht auch zunehmend der Wunsch nach individuellem Wohnen. Beides gehört zusammen.

Die großen Wohngebiete bedürfen nicht einer konzeptionslosen Abrisskultur, sie bedürfen einer zielgerichteten Auflockerung und Belebung durch gepflegte Grünflächen, Sporteinrichtungen, Kultur- und Jugendzentren, Handelseinrichtungen und damit der Gestaltung lebendiger Stadtteilzentren. In Magdeburg wurden in den letzten Jahren viele Eigenheimsiedlungen errichtet, der Wunsch nach einem eigenen Heim ist ungebrochen. Mehr und mehr stößt der bisherige Flächenverbrauch an seine Grenzen, muss die Bebauung von freien Lückenflächen Grundlage derartiger Planungen sein.

Das Gesicht der Innenstadt wird zunehmend geprägt von Leerstand und dem zu befürchtenden Zerfall von prägenden Gebäuden. Der „Blaue Bock“ ist seit Jahren ein Ärgernis, mit dem „ehemaligen Altstadtkrankenhaus“ zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Einige Schrottimmobilien, wo Erben und/oder neue Besitzer kein Interesse an einer Sanierung oder Instandhaltung zeigen, verunzieren das Stadtbild.

Hier muss die Stadt alle vorhandenen Möglichkeiten einer Neunutzung bzw. eines Abrisses zeitnäher ausschöpfen.

Es ist kritisch zu hinterfragen, ob das heftig diskutierte Vorhaben Eisenbahnuntertunnelung, die Weiterführung desselbigen bis hin zu den Elbüberbrückungen die prognostizierte Verkehrsentslastung bringt und das Stadtbild tatsächlich aufwertet. Gleichermaßen ist zu hinterfragen, ob die engere Bebauung um das Rathaus ein Mehr an Stadtbildqualität bringt.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung im Stadtumbau,
- die Aufwertung peripherer Stadtteile,
- mehr Aufwertungsmaßnahmen statt Totalabriss von Wohnraum,
- die weitere Ausrichtung des Bereiches Allee-Center/ Alter Markt/ Karstadt/ Ulrichshaus zu einer verkehrsberuhigten Zone,
- den Ausbau bzw. die Verlängerung der Strombrücke,
- die verkehrsmäßige Ertüchtigung der Johannesbergstraße, um einen flüssigen Verkehr vom Schleinufer über Johannesbergstraße und Strombrücke zu sichern,
- vorrangig straßenbegleitendes Bauen, statt großflächige Parkplätze und Eigenheimsiedlungen an innerstädtischen Magistralen.

Magdeburg muss mobil sein

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

DIE LINKE steht dafür ein, dass für die Magdeburgerinnen, Magdeburger und ihre Gäste ganzheitliche Lösungen für die Verkehrsinfrastruktur entwickelt werden. Es gilt, die Interessen aller Verkehrsteilnehmer zu beachten: Menschen, die zu Fuß gehen, die Rad fahren, Bus und Straßenbahn nutzen oder mit dem Auto unterwegs sind.

So ist die Erarbeitung eines umwelt- und verkehrspolitischen Gesamtkonzeptes notwendig, da eine Stadt im 21. Jahrhundert nicht vorrangig vom Auto her geplant und ausgebaut werden kann. Wir benötigen stattdessen nachhaltige Lösungen, um die durch den motorisierten Verkehr entstehenden Belastungen wie Lärm und Feinstaub zu minimieren. Notwendig ist eine neue Prioritätensetzung: weg von der staugeplagten Autostadt hin zu einer Stadt, die umweltfreundlichen Lösungen wie Fahrradfahren und dem ÖPNV Vorrang einräumt.

DIE LINKE. Magdeburg setzt sich aktiv für eine Ausgestaltung und Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Magdeburg ein. Langfristig ist es unser Ziel, in der Landeshauptstadt einen fahrscheinlosen ÖPNV einzuführen, der die Mobilität aller Einwohnerinnen, Einwohner und Gäste garantieren soll. Dafür sind jedoch attraktivere Taktzeiten, vollständige Barrierefreiheit und eine noch bessere Verzahnung des bereits gut ausgebauten ÖPNV-Netzes nötig.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die Einführung eines Sozialtickets,
- den Ausbau und die Sicherung der Funktionstüchtigkeit des Radwegenetzes,
- eine bessere Anbindung der Stadtrandgebiete an den ÖPNV,

- die Schaffung eines Fahrgastbeirats,
- mehr Fahrradparkplätze in der Landeshauptstadt Magdeburg,
- den Einsatz von Mobilitätsbegleitern,
- ein freies W-LAN in Bussen und Straßenbahnen.

Gutes Wohnen für alle

Mit Besorgnis beobachten wir in unserer Stadt einen Trend hin zu einer sozialen Entmischung der Stadtteile. Dieser Trend muss gestoppt werden! Auch im innerstädtischen Bereich muss genügend bezahlbarer Wohnraum vorhanden sein. Das ist nicht mehr in allen Stadtgebieten der Fall. Längst haben wir es auch in einigen Stadtteilen Magdeburgs mit steigenden Mieten, Verdrängungsprozessen und einem Unterangebot an bezahlbarem Wohnraum zu tun. Diese Entwicklung trifft insbesondere alte Menschen, Finanzschwache und Kinderreiche. DIE LINKE will dies ändern. Das kommunale Wohnungsunternehmen hat in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass in allen Stadtteilen eine Infrastruktur vorhanden ist, die das Wohnen in diesen Gebieten attraktiv macht. Der Erhalt der sozialen Infrastruktur ist zentrale Voraussetzung, um eine soziale Polarisierung zu verhindern. Stadtentwicklung muss deshalb als Einheit von Sozialplanung und Bauplanung verstanden werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- den Erhalt der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen,
- eine Quote von mindestens einem Drittel für sozial gebundenen Wohnraum,
- die Schaffung von mehr barrierefreiem und sozialem inklusiven bezahlbarem Wohnraum durch die Landeshauptstadt Magdeburg unter Einbeziehung der Betroffenen einerseits, der kommunalen und der privaten Wohnungswirtschaft andererseits, sowie durch die stärkere Einbindung des Landes Sachsen-Anhalt für alle Magdeburgerinnen und Magdeburger,
- die Aufwertung peripherer Stadtteile,
- den Erhalt und die Stärkung kommunalen Wohneigentums (Wobau) sowie auch für genossenschaftliches Wohnen,
- eine maßvolle Sanierung von Wohnraum statt Luxussanierungen sowie für die Aufwertung des Wohnumfeldes, insbesondere in Großraumsiedlungen.

Kultur steht in Magdeburg ganz oben

Magdeburg ist ohne seine kulturelle Vielfalt nicht denkbar. Getragen wird die Kultur in Magdeburg durch die zahlreichen Einrichtungen der Stadt genauso wie durch die vielen Einrichtungen und Projekte in freier Trägerschaft und die Initiativen von Privatpersonen. Sie alle sorgen dafür, dass Magdeburg zu einer lebenswerten Stadt wird. Jedoch ist in Zeiten der Haushaltskonsolidierung die Kultur oftmals eines der ersten Opfer der Einsparungen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die kulturelle Vielfalt in Magdeburg zu erhalten und allen Magdeburgerinnen und Magdeburgern zugänglich zu machen, trotz Haushaltskonsolidierung.

Kultur gehört zur guten Lebensqualität in Magdeburg. Ein begeistertes Theaterpublikum, eine lebendige Kabarettzene, eifrige Leserinnen und Leser der Bibliotheken, nachgefragter Unterricht am Konservatorium und Scharen von Museumsbesucherinnen und -besuchern gehören zum kulturellen Leben

Magdeburgs ebenso wie seine zahlreichen Kulturvereine und -verbände. Die Fraktion der Partei DIE LINKE steht im Stadtrat für den Erhalt und den schrittweisen Ausbau der kulturellen Basis als öffentliche bzw. öffentlich geförderte Angebote ein. Der Gewährleistung von kultureller Teilhabe räumt die Partei DIE LINKE höchste Priorität ein. Das verlangt:

- sozial verträgliche Gebühren und Eintrittspreise sowie
- Vergünstigungen für sozial benachteiligte Magdeburgerinnen und Magdeburger.

Wir unterstützen die Sanierung und den Ausbau des ehemaligen Staatsbankgebäudes zu einem Dommuseum. Wir wollen die Möglichkeit ausloten, ob innerhalb der Räumlichkeiten Ausstellungsmöglichkeiten geschaffen werden können, die sich mit der Geschichte der Kirchenbauten Magdeburgs beschäftigen; speziell auch der Ulrichskirche.

Die Vorbereitung auf die Bewerbung Magdeburgs als Kulturhauptstadt Europas verlangt von allen Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Stadt aktive Unterstützung. Deshalb wirbt DIE LINKE im Stadtrat für einen Ideenwettbewerb der Magdeburger Bevölkerung „So stelle ich mir die Kulturhauptstadt 2025 vor“. Damit soll gewährleistet werden, dass die zu entwickelnden Projekte und Ideen nicht nur von oben entstehen, sondern die breite Kulturlandschaft berücksichtigt wird.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- den Erhalt des Theaterangebotes mit allen Sparten einschließlich des Theaterjugendclubs,
- den Erhalt und die Förderung der freien Kulturszene und der soziokulturellen Zentren,
- die Förderung nach einem Mehrjahresplan für freie Träger,
- die weitere Erforschung und Erhalt und Pflege der Gedenkorte die Opfer des Nationalsozialismus,
- die Weiterentwicklung des Zoos auch unter tier- und artenschutzrechtlichen Gesichtspunkten,
- die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern,
- die Umwandlung des Telemannzentrums in eine Stiftung,
- den Erhalt und Ausbau des Technikmuseums als Erlebnisraum,
- die weitere Unterstützung der Kinderkulturtage bis zur Entwicklung eines Kinderkulturfestivals für Sachsen-Anhalt,
- die Sicherung von Denkmälern mit zeitgeschichtlichem Bezug,
- die Schaffung eines Gedenkort für den international bedeutenden Arzt und Wissenschaftler Magnus Hirschfeld zum 80. Todestag (14. Mai 2015),
- Erhalt des AMO-Kulturhauses als kommunale Veranstaltungsstätte,
- die Sanierung der Stadthalle,
- die Wiederbelebung der Magdeburger Traditionen der Kunst im öffentlichen Raum. Die LINKE wird sich im Stadtrat für das Durchführen entsprechender Wettbewerbe bildender Künstler einsetzen.

Touristische Potentiale besser nutzen

Gut organisierter Tourismus macht Magdeburg in der ganzen Welt bekannt und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Städtetourismus hat sich in den vergangenen Jahren in Magdeburg positiv entwickelt. Die vielfältigen kulturellen Angebote und die Geschichte der Landeshauptstadt haben hierzu beigetragen. An diese positive Entwicklung soll weiter angeknüpft werden, indem die touristische Außenwirkung der

Bewerbung Magdeburgs als Kulturhauptstadt, der Umbau des Zoos, zahlreiche kulturelle Veranstaltungen, wie das Kaiser-Otto-Fest und der Weihnachtsmarkt und Ausstellungen als Reiseanlässe zielgerichtet vermarktet werden.

Außerdem muss es gelingen, zukünftig auch mehr internationale Touristen für einen Besuch der Landeshauptstadt zu gewinnen. Die Erhöhung der touristischen Attraktivität Magdeburgs ist deshalb ein wichtiges Ziel der Partei DIE LINKE im Stadtrat.

Dazu gehören:

- die Gestaltung und Nutzung von Magdeburgs Museumslandschaft,
- die Pflege und touristische Aufwertung der Festungsanlagen als Zeugen des historischen Erbes und europäischen Kulturgutes,
- die Verwirklichung der vom Stadtrat beschlossenen Zoo-Erweiterungspläne,
- der Erhalt und der Ausbau des Erlebnisraumes Magdeburger Industriegeschichte im Technikmuseum,
- die Betreuung des Schiffshebewerkes Rothensee als touristische Attraktion und wichtiges technisches Kulturdenkmal. Um den Tourismus weiter auszubauen ist es zudem unerlässlich, das Potenzial des Wasserstraßenkreuzes (Doppelschleuse, Schiffshebewerk, Petriförder, Hubbrücke Magdeburger Hafen und Pretziener Wehr) mit einzubeziehen und touristisch aufzuwerten,
- die konzeptionelle Neuausrichtung des Elbauenparks für die Magdeburger Bevölkerung und als regional bedeutsamer Veranstaltungsort,
- die Pflege des Erbes des Garten- und Landschaftsparkgestalters Lenné in Magdeburg,
- der kommunale Erhalt, die Pflege und Aufwertung der Magdeburger Naherholungsgebiete, wie bspw. Stadtpark, Barleber, Neustädter und Salbker See sowie aller Freibäder als Oasen der Entspannung unserer Stadtgesellschaft,
- das Gebiet des ehemaligen Stadions der Neuen Welt einer sinnvollen und möglichst öffentlich zugänglichen Nutzung zuzuführen.

Grün, umweltbewusst, und sicher an der Elbe

Magdeburg ist eine der grünsten Städte Deutschlands. Zur grünen Lunge gehören auch die vielen Kleingartenanlagen, für deren Pflege und Instandhaltung die Stadt zudem keinen einzigen EURO aufwenden muss. Wir unterstützen alle Bemühungen um den Erhalt von Kleingartenanlagen. Kleingartenanlagen sind darüber hinaus vielfach Freizeitobjekte unterschiedlichster sozialer Schichten. Auch in Zeiten von schwierigen Mitgliederentwicklungen in den Kleingartenvereinen wenden wir uns gegen die zunehmenden Begehrlichkeiten, Gartenland in Bauland umzuwidmen.

DIE LINKE setzt ihre politischen Mittel dafür ein, dass Magdeburg mit seinem Umland ihr Ansehen als eine der grünsten Städte Deutschlands behält und weiter gestaltet. DIE LINKE zollt Initiativen der Stadtverwaltung Anerkennung, die Ergebnisse der im Jahr 2013 mit internationaler Beteiligung durchgeführten "2. Magdeburger Green-Cities-Konferenz" für eine Green-Economie-Wirtschaft nutzbar zu machen.

DIE LINKE wird sich auch in Zukunft für eine saubere und gesunde Umwelt stark machen. Dass dies notwendig ist, hat in jüngster Vergangenheit das Hochwasser

gezeigt. Ein Ereignis, was sich durchaus wiederholen kann. Um die Folgen solcher gewaltigen Naturereignisse abzumildern, müssen neue Wege im Hochwasserschutz beschrritten werden. Dabei muss der Blick über die Stadtgrenzen hinaus gehen. Auch der Klimaschutz muss zukünftig in Magdeburg verstärkt Beachtung finden sowohl in der Stadtentwicklungsplanung als auch im Bereich der Nutzung erneuerbarer Energien. Zudem stellen wir uns gegen jeglichen Ausbau des Magdeburger Verkehrslandeplatzes, damit die Anwohnerinnen und Anwohner in ihrer Lebensqualität nicht durch vermehrten Fluglärm eingeschränkt werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- einen vorsorgenden ökologischen Hochwasserschutz, statt nur auf technischen Hochwasserschutz zu setzen,
- den vorbeugenden Katastrophenschutz,
- eine verstärkte Nutzung von Ökostrom durch die Landeshauptstadt Magdeburg,
- eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei der Stadtentwicklungsplanung,
- den Erhalt von Kleingartenanlagen und Grünanlagen, was jedoch eine Umwidmung von Kleingartenanlagen in ausgesprochenen Überflutungsgebieten in enger Abstimmung mit den betroffenen Gartenfreunden und ihrem Verband nicht ausschließt,
- die Gewährleistung eines Grün-Wohlfühlanteils für die Bürger bei baulichen Veränderungen in den Stadtgebieten, verbunden mit Festlegungen zur Verhinderung des Entstehens von Mikroklima-Wärmeinseln,
- den Schutz des Grundwassers und des Bodens; fortschreitenden Ambitionen zur Versiegelung des städtischen Bodens ist stadtplanerisch Einhalt zu gebieten.

III. Demokratisch mitentscheiden – hier und in Europa

Für eine Mitmachkultur

Viele Magdeburgerinnen und Magdeburger engagieren sich in Vereinen, Verbänden, Initiativen im kulturellen und im sozialen Bereich. Sie tun dies zum Nutzen der Stadt. Dieses ehrenamtliche Engagement zeigt, dass den Menschen ihre Stadt am Herzen liegt und sie die Zukunft ihrer Stadt mitgestalten möchten. DIE LINKE unterstützt dieses Engagement und fordert eine noch stärkere Einbeziehung der Bevölkerung gerade bei wichtigen Fragen, die Zukunft Magdeburgs betreffend. Das Ehrenamt darf nicht dazu verwendet werden, hauptamtliche Stellen zu ersetzen.

Die verschiedenen Versuche, die Stadt Magdeburg als „Otto Stadt“ zu vermarkten sind nicht unbedingt von Erfolg gekrönt worden, sie haben vor allem Geld gekostet.

DIE LINKE macht sich dafür stark, die gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt Magdeburg und dem CSD Magdeburg e.V. sowie dem LSVD Sachsen-Anhalt e.V. zu verstetigen und weiter auszubauen. Für alle Fragen, die LSBTI* betreffen, sollte ein regelmäßiges Gesprächsforum mit Vertreterinnen und Vertretern beider Seiten eine gemeinsame Grundlage darstellen.

DIE LINKE tritt dafür ein, bei öffentlichen Veranstaltungen sowie bei Präsentationen und Publikationen der Stadt die Projekte und Organisationen im LSBTI*-Bereich einzubeziehen, um deren Arbeit wert zu schätzen und bekannter zu machen.

DIE LINKE fordert die LH Magdeburg auf, die jährliche Ausrichtung des Christopher Street Days in Magdeburg nach Kräften zu unterstützen und sich am Straßenfest mit eigenen Ideen zu beteiligen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine möglichst frühe Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner in Planungsvorhaben der Verwaltung, beispielsweise durch Einwohnerversammlungen der GWA vor Ort zu Bebauungsplänen,
- eine Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten, wie beispielsweise Bürgerentscheide bei Fragen von zentraler Bedeutung,
- für die Einführung eines Bürgerhaushaltes
- Freifahrten im ÖPNV für die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit,
- freies W-LAN an öffentlichen Plätzen
- Transparenz bei Entscheidungsprozessen,
- ein stärkeres Mitspracherecht von Betroffenen bei Entscheidungsprozessen der Verwaltung, beispielsweise durch ein Anhörungsrecht in den Fachausschüssen,
- die freie Zugänglichkeit öffentlicher Daten,
- die Aufhebung der dauerhaften Begrenzung der Anzahl der GWA-Gruppen
- das geregelte Auslaufen der Vermarktung mit der grundsätzlichen und ausschließlichen Fokussierung auf den Begriff „Otto“ und für einen sinnvollen und kostengünstigen Neuanfang unter Einbeziehung von Vorschlägen aus der Bevölkerung,
- weitestgehende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in behördeninterne Lenkungsrounds, insofern diese in substantielle Bürgerinteressen eingreifen.

Wir wollen, dass der Bürgerentscheid über die Ulrichskirche aus dem Jahr 2011 nicht in Frage gestellt wird.

Ohne Moos nix los

DIE LINKE steht für eine Haushaltspolitik, die für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge die notwendigen Mittel bereitstellt. Dazu gehören eine effektiv arbeitende Verwaltung und qualifiziertes Personal. Wir setzen uns für eine moderne, bedarfsgerechte Infrastruktur und eine Stadt mit – und nicht ohne – Bibliotheken, Kitas, Schwimmbädern, Theatern und Kulturzentren ein.

Die finanziellen Spielräume für gestaltende Kommunalpolitik sind eng und werden in den kommenden Jahren kaum größer. Wie in vielen anderen Städten Sachsen-Anhalts reichen die eigenen Einnahmen Magdeburgs nicht aus, um selbständig alle öffentlichen Ausgaben zu finanzieren. Auch in den nächsten Jahren wird Magdeburg deshalb auf die Finanzausweisungen des Landes angewiesen sein, die vor allem über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich belasten den städtischen Haushalt nicht abwendbare Ausgaben, die durch Bundes- und Landesgesetze verursacht, aber nur unzureichend erstattet werden.

Diese Tatsachen verlangen einerseits eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Magdeburg hat in den vergangenen Jahren bereits viel unternommen, um durch Einsparungen einen Ausgleich zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben zu erreichen. Doch das

Soziale wurde nicht immer in ausreichendem Maße berücksichtigt, trotz unserer Kritik. Vielfach fanden die konstruktiven Änderungsvorschläge unserer Fraktion keine Mehrheit im Stadtrat. Davon unbeeindruckt wird sich DIE LINKE weiterhin für soziale Gerechtigkeit und gleiche Teilhabemöglichkeiten für alle Einwohnerinnen und Einwohner in Magdeburg einsetzen.

Andererseits gilt es, die Potentiale Magdeburgs noch stärker zu nutzen, um Ausgaben durch eine verbesserte interkommunale Zusammenarbeit zu senken und die Einnahmen durch ein effizienteres städtisches Management zu erhöhen.

Wichtige Partner für die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge sieht DIE LINKE in den Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist. Mit nachhaltigen Investitionen gilt es ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit weiter zum Nutzen aller Menschen voranzubringen. Mit der LINKEN wird es kein Verkauf des kommunalen Vermögens geben.

Eine Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Mieterinnen und Mieter sowie der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler lehnen wir ab. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass Miete, Strom, Wasser, Gas, Heizung und Abfallgebühren für alle bezahlbar bleiben. Dort, wo Einwohnerinnen und Einwohner kommunale Aufgaben mitfinanzieren, gilt es die Gebühren und Beiträge nachvollziehbarer und gerechter zu gestalten. DIE LINKE wird wie bisher Großprojekte kritisch begleiten.

Städte wie Magdeburg brauchen endlich wieder ausreichend Finanzmittel.

Dafür sieht DIE LINKE folgenden bundes- und landespolitischen Handlungsbedarf:

- Der kommunale Finanzausgleich in Sachsen-Anhalt muss zukünftig den finanziellen Mindestbedarf sichern, darf die Kommunen nicht von der allgemeinen Steuerentwicklung abkoppeln und soll zwischen den Städten, Gemeinden und Landkreisen einen angemessenen Ausgleich schaffen.
- Die bisherige Gewerbesteuer soll bundesgesetzlich auf eine breitere Basis gestellt und in eine Gemeindefiskussteuer umgewandelt werden. Dabei sollen die Bemessungsgrundlagen ausgeweitet (Einbeziehung von Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren) und der Kreis der Steuerzahlenden vergrößert (Einbeziehung der Selbstständigen und Freiberuflerinnen und Freiberufler) werden.
- Bei Aufgabenübertragung durch Bundes- und Landesgesetze ist zukünftig zu gewährleisten, dass die dadurch verursachten Mehrausgaben den Kommunen vollständig erstattet werden.

Magdeburg ist bunt

Viele Magdeburgerinnen und Magdeburger haben ihre geografischen Wurzeln nicht in Deutschland: Studierende, Einwanderer, Flüchtlinge. Ihr Wissen, ihr Können und ihre Erfahrungen bedeuten ein großes Potential für Magdeburg. Leider erfahren viele Migrantinnen und Migranten jedoch Ablehnung und Ausgrenzung, auch in Magdeburg. Die Situation der Asylbewerber in Magdeburg ist katastrophal. DIE LINKE will dies ändern. Magdeburg muss eine Stadt werden in der Jede und Jeder willkommen ist, eine Stadt für alle.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine uneingeschränkte und zeitnahe dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern,
- mehr Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten,
- die Unterstützung von Vereinen und Initiativen von und für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten,
- eine bessere interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung der Landeshauptstadt durch Qualifikation und Weiterbildung,
- eine Verbesserung der Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten für ein selbstbestimmtes Leben,
- die Unterstützung von ehrenamtlichen Initiativen in der Flüchtlingsarbeit,
- eine grundsätzliche Verbesserung der Willkommenskultur in der Landeshauptstadt,
- bedarfsgerechte sozialpädagogische und Freizeitangebote für Kinder,
- den Ausbau der Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangebote für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten.

Magdeburg – kein Ort für Nazis und kein Platz für Rassismus

DIE LINKE kämpft konsequent gegen menschenfeindliche Ideologien. In den vergangenen Jahren ist Magdeburg immer wieder durch rechte Gewalttaten in die Schlagzeilen geraten. Dieses Problem zu leugnen, nur um einen (vermeintlichen) Imageschaden zu verhindern, löst es nicht. Nur ein gemeinsames Handeln möglichst vieler Akteure, politischer wie zivilgesellschaftlicher, kann dazu führen, dass neonazistisches Gedankengut und Rassismus in Magdeburg keinen Platz mehr haben.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die Fortsetzung der Mitarbeit und ein verstärktes Engagement der Landeshauptstadt im Bündnis gegen Rechts,
- die Unterstützung von Projekten und Initiativen im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
- die aktive Unterstützung von Bündnissen und gewaltfreier Proteste und Aktionen gegen Naziaufmärsche in Magdeburg,
- eine wirksame Unterstützung von Opfern rechter Gewalt.

Wer sich wohlfühlen will, muss sicher sein

Auch das subjektive Sicherheitsempfinden trägt maßgeblich dazu bei, sich in seiner Stadt wohl zu fühlen. Gerade viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger wünschen sich eine stärkere öffentliche Präsenz von Polizistinnen und Polizisten und des Ordnungsamtes und dies vor allem in den Abendstunden. Das muss man ernst nehmen. Eine Videoüberwachung lehnen wir ab. Magdeburg ist im Vergleich zu anderen Großstädten immer noch eine sichere Stadt. Dennoch gibt es auch hier eine Anzahl von Problemen. Diese reichen von Verstößen gegen die Verkehrssicherheit, insbesondere vor Schulen und Kindereinrichtungen und die Vermüllung einzelner Bereiche in der Stadt über Einbrüche bis hin zu rassistischen und fremdenfeindlichen Übergriffen.

Sowohl die Berufsfeuerwehr als auch die freiwilligen Feuerwehren leisten hervorragende Arbeit. DIE LINKE wird diese Arbeit auch weiterhin nach allen Kräften unterstützen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine Unterstützung der freiwilligen Feuerwehren,
- Sicherheitskonzepte, die den spezifischen Bedingungen im jeweiligen Stadtteil Rechnung tragen,
- eine Verbesserung der Verkehrssicherheit vor Schulen und Kindereinrichtungen,
- den verstärkten Einsatz von Schülerlotsen,
- für den verstärkten Einsatz von Kontaktbeamten der Polizei.

Magdeburg mitten in Europa

Die europäische Integration stellt kommunales Handeln vor neue Herausforderungen. Bei notwendigen Veränderungen können wir uns nicht damit begnügen, mit Protesten zu reagieren und alles Bestehende kritiklos zu verteidigen. Vielmehr geht es darum, gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern nach neuen Lösungen zu suchen, Alternativen aufzuzeigen, mit Mut Prioritäten zu verändern und die eigenen Entscheidungen transparent darzustellen.

Die kommunalen Spitzenverbände müssen den Druck auf Bund und Länder weiter erhöhen, damit kommunalen Interessen und der Aufgabenerfüllung auf EU-Ebene, aber auch auf Bundes- und Landesebene, stärker entsprochen wird.

Die Magdeburger Friedenspotentiale zu bestimmen und zu nutzen gehört zu den Aufgaben dieser Stadt. Magdeburg braucht eine Kultur des Friedens, die nicht auf vermeintliche Sicherheit durch Waffengewalt setzt.

Militär an den Schulen ist abzulehnen. In dieser Frage sind Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern zu ermutigen und zu unterstützen, die sich gegen die Präsenz des Militärs; insbesondere zu sogenannten Informations- und oder Werbeveranstaltungen an ihren Schulen wenden.

Die Kriegsübungen für Auslandseinsätze und Aufstandsbekämpfung vor den Toren Magdeburgs in der Colbitz-Letzlinger Heide sind zu beenden, nicht nur weil die Stadt aus dieser Heide sein Trinkwasser erhält.

Wir als DIE LINKE halten nach wie vor die Patenschaft der Stadt Magdeburg zu einer Fregatte der Bundesmarine für ein falsches Signal! Eine Verwendung der dafür aufgebrauchten öffentlichen und privaten Mittel wären z.B. in einer Patenschaft über eines der vielen bedürftigen "SOS Kinderdörfer" besser aufgehoben.

„Magdeburg für eine atomwaffenfreie Welt“ - es ist an der Zeit, aktiv und öffentlich die Kampagne "2020 Vision" der „Mayors for peace“ zu unterstützen mit dem Ziel, verbindliche Vereinbarungen für eine atomwaffenfreie Welt bis 2020 zu erreichen. Als Mitgliedsstadt des weltweiten Verbandes der Bürgermeister für den Frieden, verstärkt Magdeburg das eigene Wirken und lädt seine Partnerstädte ein, sich gleichfalls in dieser Frage zu engagieren.

Die notwendigen Schritte zur Überwindung der atomaren Bedrohung sind in Magdeburg stärker ins Bewusstsein zu rücken, dazu wird auch das Wirken örtlichen Friedensgruppen gefördert.

DIE LINKE wählen für mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Teilhabemöglichkeiten und eine positive Entwicklung – in Magdeburg und Europa.